

## **Antworten des Landesverbandes DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine des NABU Brandenburg**

**1. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat kräftig an Fahrt aufgenommen, auch hinsichtlich Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen. In vielen Fällen ist ein Bebauungsplan erforderlich. Aufgrund der kommunalen Planungshoheit entsteht der Eindruck, dass ein unkoordinierter Ausbau mit erheblichem Flächenverbrauch erfolgt. Welche Steuerungsbedarfe und -möglichkeiten sehen Sie auf Landesebene?**

Der Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik sollte auf den Umfang begrenzt werden, der zur Erreichung der Ausbauziele nach maximaler Ausschöpfung versiegelter Flächen erforderlich ist. Die Linksfraktion hatte bereits im Landtag beantragt, eine verpflichtende Berücksichtigung von Freiflächen-Photovoltaik in der Regionalplanung einzuführen, damit die geeignetsten, das heißt am wenigsten konfliktträchtigen Flächen ermittelt werden können. Landschaftsschutzgebiete sollten von Photovoltaik-Anlagen frei bleiben.

**2. In Brandenburg werden rund 88 Prozent des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen. Welche Lösungsansätze sehen Sie angesichts großflächig sinkender Grundwasserstände für eine gesicherte Trinkwasserversorgung in Brandenburg und Berlin?**

Hierfür gibt es im Rahmen der Niedrigwasserkonzeption gute Ansätze für mehr Wasserrückhalt in der Landschaft und mehr Grundwasseranreicherung. Die Niedrigwasserkonzeption muss in der nächsten Wahlperiode wesentlich stärker umsetzungsorientiert bearbeitet werden als bisher. Es müssen konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet werden und die regulatorischen Hindernisse (z.B. ungünstige Förderbedingungen, umständliche Genehmigungsverfahren) beseitigt werden. Wir halten es für einen unhaltbaren Zustand, dass entgegen der gesetzlichen Pflicht das elektronische Wasserbuch völlig unvollständig geführt wird, so dass es keinen Überblick über die genehmigten Wasserentnahmen gibt. Das muss dringend geändert werden. Vor der Anwerbung von Industrieansiedlungen soll es einen „Wassercheck“ geben, um Wasserdargebot und -bedarf im Vorfeld abzugleichen. Für die Wasserführung der Spree sprechen wir uns für schnelle Bedarfsanalysen und nachfolgende politische Entscheidungen ab, ob Speicher und Wasserüberleitungen in Angriff genommen werden sollen. Damit soll für die Region schnellstmöglich Klarheit geschaffen werden.

**3. Studien belegen, dass wir einen dramatischen Rückgang sowohl bezüglich der Individuen- und Artenzahl bei Insekten erleben. Ursachen hierfür sind u. a. Pestizid- und überhöhter Düngemittelsatz in der Landwirtschaft, Strukturarmut in der Landschaft, ein insektenunfreundliches Mahdregime an Verkehrswegen und im Siedlungsbereich. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie den Insektenschutz stärken?**

Wir stehen nach wie vor zum Ergebnis des „Insektendialogs“, den der Landtag zur Bearbeitung der Volksinitiativen ins Leben gerufen hat und der dann an den Koalitionsfraktionen gescheitert ist: Verbindliche gesetzliche Regelungen zum Insektenschutz und zum Schutz der Artenvielfalt sollen mit verbindlich festgeschriebenen Ausgleichszahlungen für Landwirte verbunden werden. Solange das nicht umgesetzt ist, müssen freiwillige Programme greifen. Das Umweltministerium hat bereits vor Jahren ein Insektenschutzprogramm konzipiert, das nun umgesetzt werden muss.

**4. Wald ist eine natürliche CO<sub>2</sub>-Senke und trägt somit aktiv zum Klimaschutz bei. Darüber hinaus erfüllt er zahlreiche lebensnotwendige Funktionen. Trotzdem werden in Brandenburg Wälder in Größenordnungen gerodet, um unterschiedliche Vorhaben zu realisieren. Wie kann der Wald in**

**Brandenburg wirkungsvoll erhalten und seine Funktionen bei behördlichen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden?**

DIE LINKE tritt dafür ein, restriktivere Regelungen zur Inanspruchnahme von Wald und zur Umwandlung in andere Nutzungen einzuführen. Dazu sollte das Landeswaldgesetz geändert werden. Wald sollte nur noch in Ausnahmefällen gefällt werden dürfen.

**5. Auf der UN-Biodiversitätskonferenz in Montreal wurde im Dezember 2022 das sogenannte 30x30 Ziel beschlossen. Damit sollen bis 2030 auch in Brandenburg 30 Prozent der Landesfläche unter effektiven Naturschutz gestellt werden. Zudem soll mehr Geld in den Schutz der Artenvielfalt gesteckt und Risiken aus Pestiziden und Düngemitteln für die Natur halbiert werden. Wie können diese Ziele in Brand *(hier fehlt offensichtlich etwas in der Fragestellung)***

Mit rund 26 % Natura 2000 Flächen und über 30 % Landschaftsschutzgebieten verfügt Brandenburg über gute Voraussetzungen zur Erfüllung der Ziele von Montreal. Es ist zu prüfen, wie das Schutzregime dieser Gebiete qualifiziert werden kann, um den internationalen Schutzanforderungen zu entsprechen. Zur Umsetzung der Schutzmaßnahmen wird eine Kombination aus ordnungsrechtlichen Maßnahmen mit verbundenen Ausgleichszahlungen und freiwilligen Maßnahmen erforderlich sein (vgl. Antwort zu Frage 3). Das ist von ausreichend verfügbaren finanziellen Mitteln abhängig. Da steht das Land in der Pflicht, letztlich wird aber eine auskömmliche Finanzierung nur gelingen, wenn ausreichend EU- und Bundesmittel zur Verfügung stehen.

**6. In Brandenburg gibt es derzeit drei Naturschutzstationen, die Teil des LfU sind. Sie erfüllen vielfältige, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben und stellen wichtige Institutionen dar, um den besonderen Artenschutz zu realisieren. Auch für die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und die Beratung von Behörden leisten sie unersetzbare Arbeit. Wie können die Naturschutzstationen gestärkt werden?**

Entscheidend ist, dass die personelle Ausstattung der Stationen stabilisiert und gestärkt wird, vor allem wenn – wie es beispielsweise bei der Staatlichen Vogelschutzwarte im Zusammenhang mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien der Fall ist – ein Aufgabenzuwachs erfolgt. Die Stationen sollten von routinemäßigen Verwaltungsvorgängen entlastet werden und sich schwerpunktmäßig konzeptionellen und projektbezogenen Ansätzen im Artenschutz und der Ehrenamtskoordination widmen können. Die dezentrale Ansiedlung der Stationen soll erhalten bleiben.

**7. Der Vertragsnaturschutz wird zum überwiegenden Teil aus Mitteln der GAK finanziert. Durch den Bund drohen weitere Kürzungen. Dadurch ist zu befürchten, dass in den letzten Jahren erzielte Erfolge zerstört werden. Zudem ist die Existenz von vielen mittelständischen Landwirtschaftsbetrieben gefährdet. Wie wollen sie mit den drohenden Kürzungen umgehen und den Vertragsnaturschutz langfristig sichern?**

Dies ist eine entscheidende Frage für den Erfolg von Naturschutzmaßnahmen, für die Stabilität landwirtschaftlicher Betriebe und für die Umsetzung internationaler Verpflichtungen. Dem Vertragsnaturschutz geben wir daher eine hohe Priorität bei der Umsetzung von Maßnahmen. Angesichts der Rahmenbedingungen zum Haushalt und der restriktiven Rechtsprechung, beispielsweise zur Schuldenbremse, muss allerdings ehrlicher Weise festgestellt werden, dass es schwierig sein dürfte, ausfallende Bundesmittel in Größenordnungen durch Landesmittel zu ersetzen. Hier muss alles getan werden, um gravierende Kürzungen zu vermeiden.

**8. Brandenburg ist verpflichtet, einen günstigen Erhaltungszustand der Natura 2000–Gebiete zu gewährleisten. Brandenburg ist von der Erreichung dieses Ziels weit entfernt und bei einigen Arten und Lebensraumtypen ist sogar ein negativer Trend zu verzeichnen. Wie wollen Sie die verpflichtenden Ziele für Brandenburg erreichen?**

Vertragsnaturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen müssen noch zielgenauer konzipiert werden, um maximale Wirksamkeit beim Schutz der Arten und Lebensräume zu entfalten. Dabei sollen sie Anreizkomponenten für Landwirte enthalten, also nicht nur, wie bisher, Ertragsausfälle kompensieren, sondern auch Gewinne ermöglichen, damit Naturschutz zu einem guten Geschäftsmodell für Betriebe wird. Zielgenaue Maßnahmen sollen in Artenschutzprogrammen festgelegt und umgesetzt werden – dieses Instrument wurde in den letzten Jahren in Brandenburg viel zu wenig genutzt. Entscheidend ist die Umsetzung in der Fläche. Die Natura-2000-Teams sind ein guter Ansatz, der ausgedehnt werden muss. Naturschutz in der Fläche steht und fällt mit einer personell abgesicherten Gebietsbetreuung.

9. Brandenburg ist medial immer wieder sehr stolz auf das große Engagement vieler Freiwilliger.

Auch im Naturschutz engagieren sich tausende Brandenburger\*innen ehrenamtlich. Wie kann die Arbeit der Ehrenamtlichen insbesondere auch im Natur- und Umweltschutz besser unterstützt werden und mehr Wertschätzung erfahren?

Naturschutz ist ohne die Mitwirkung Ehrenamtlicher undenkbar. Eine Beschneidung von Mitwirkungsrechten der Umweltverbände wird es mit uns nicht geben. Die Möglichkeit von Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche, beispielsweise im Bereich Monitoring, soll beibehalten und ausgeweitet werden. Entscheidend für die Unterstützung des Ehrenamtes ist Koordination und Anleitung, sei es durch die Behörden selbst (z.B. Naturschutzstationen) oder durch Vereine, die dabei unterstützt werden müssen. Die Förderung der Umweltverbände ist dabei gut investiertes Geld und soll mindestens in der bisherigen Höhe erhalten bleiben.

**10. In Brandenburgs Schulen herrscht Lehrermangel und es findet eine zunehmende Entfremdung der Menschen von der Natur statt. In ehrenamtlich geführten Umweltinformationseinrichtungen werden jedes Jahr viele Projektstage für Schüler\*innen durchgeführt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg zu stärken?**

Umweltbildung muss sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schule gestärkt werden. Rein ehrenamtlich geführte Einrichtungen werden dies auf Dauer kaum leisten können – es bedarf dazu institutionell abgesicherter Umweltbildungseinrichtungen. In der ablaufenden Wahlperiode ist es durch eine fraktionsübergreifende Initiative gelungen, die Standorte der Waldschulen zu sichern und zu erweitern. Das muss auch für die Besucherinformationszentren der Großschutzgebiete und weitere von Vereinen betriebene Einrichtungen gelten. Daneben sind Online-Angebote auszubauen. Besonderen Bedarf sehen wir auch bei der Förderung von Artspezialisten, damit die Kenntnis über die biologische Vielfalt in Brandenburg nicht wegbricht. Die fast völlig weggebrochene Naturschutz-Fortbildung muss in Brandenburg wieder neu etabliert werden.